



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Lillig, A.: Saargebiet

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

gelingen ist, trotz ihrer günstigen Stellung im Herzen deutscher Länder, alle Volksschichten auf beiden Seiten des Rheines durch ihre barbarische Politik des Hasses in eine einheitliche Abwehrfront zu zwingen, auf absehbare Zeit ausgeschaltet.

Wenn also der heutige Staatsmann mit rheinbündischen Möglichkeiten nicht zu rechnen hat — die zeitweilig auftauchenden bayerisch-österreichischen Partikularismen werden schon durch das Gesetz der politischen Schwerkraft beim Reiche gehalten —, so erwächst ihm die Aufgabe, die in den beiden Wagschalen liegenden Gewichte so richtig einzuschätzen, daß der Kraftverlust durch Reibung des unitarischen und des partikularistischen Prinzips auf ein Minimum herabgesetzt wird; denn alle Kräfte des politischen Lebens müssen heute einem Ziele zugerichtet werden: dem Wiederaufbau geordneten Daseins und seiner Verteidigung gegen die Bestrebungen, die auf eine vollständige politische Zersetzung unseres Volkes hinwirken.

Am Tag von Königgrätz 1920.



Saargebiet

Von A. Kllig



er Streik der Beamtenschaft im Saargebiet, dessen plötzlicher und zu diesem Zeitpunkt unerwarteter Ausbruch alle Welt überrascht hat, stellt eine der bisher ernstesten Episoden im Kampf der Saarbevölkerung um die Erhaltung ihres Deutschtums und ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Vaterlande dar. Aus allen Handlungen der Regierungskommission läßt sich mit klar erkennbarer Deutlichkeit das rücksichtslose, durch nichts zu beirrende Streben des Fünferrates verfolgen, das Saarland zu verwelschen und möglichst schnell Frankreich vollständig in die Hände zu spielen. Mit den gewiß nicht geringen Machtmitteln, die der Friedensvertrag der Regierungskommission in die Hände gibt, um eine französisch orientierte Politik zu verfolgen, läßt diese sich dabei keineswegs genügen, sondern über den klaren Wortlaut des Versailler Vertrages hinaus ergreift sie fortgesetzt Maßnahmen, die sie im Geschwindigkeitsschritt zu ihrem Ziele führen sollen.

Die ersten und am härtesten betroffenen Opfer dieser Französisierungspolitik sind naturgemäß die Beamten. Das Saargebiet besaß, solange es unter deutscher Verwaltung stand, einen Stamm pflicht- und gesinnungstreuer Beamter in allen Verwaltungszweigen, die der Bevölkerung in jeder Beziehung zum Vorbild dienen konnten. An ihnen besaß diese in den schweren Zeiten französischer Militärdiktatur vertraute und verschwiegene Ratgeber, die ihr in allen ihren Nöten mit Rat und Tat zur Seite standen. Neben der Geistlichkeit beider christlicher Konfessionen bildete die Beamtenschaft das Rückgrat des Deutschtums an der Saar, um die sich die übrigen Bevölkerungskreise, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, in ebenso treuer Anhänglichkeit an das deutsche Vaterland wie um ihre gegebenen Führer und Vermittler scharten. Das war natürlich den Franzosen und ihren Sachverwaltern,

der Regierungskommission, ein Dorn im Auge, und die hauptsächlichste Sorge der Regierungskommission bildete es nach ihrem Amtsantritt, diesem schönen Zustand ein Ende zu machen. Die Bildung der Saarregierung erforderte ein Heer von neuen Beamten. Die neu geschaffenen Stellen wurden, soweit nur irgendwie möglich, mit Ausländern, vorzugsweise Franzosen, besetzt, mit denen, nachdem auch bei den Saargruben alle maßgebenden Stellen mit Franzosen besetzt waren, ein ganz neues Element in den Beamtenkörper des Saarlands gebracht wurde. Den deutschen Beamten war die neue Kollegenschaft nichts weniger als erwünscht, zumal die Fremdlinge nur in den seltensten Fällen über die nötige Vorbildung, ja nicht einmal über die Kenntnis der deutschen Sprache verfügten, aber es wurden ihnen andauernd von der Regierungskommission Versprechungen und Zusagen gemacht, daß sie nicht durch diese Art der Stellenbesetzung benachteiligt würden, sondern daß alle ihre wohl-erworbenen Rechte bewahrt blieben. Aus dem Gang der Ereignisse ist bekannt, wie wenig die Regierungskommission gewillt war, feierliche Versprechungen einzulösen, wie sie im Gegenteil den Beamten ein Statut aufzudrängen suchte, das sie recht- und vaterlandslos machen und zudem in den Dienst der Verwaltungspolitik einstellen sollte. Diese Zumutung löste die lange genug mühsam zurückgehaltene Erregung in der Beamtenschaft aus und führte spontan zum Streik der gesamten Beamtenschaft des Saarreviers. Die Regierungskommission hatte in den dem Streik unmittelbar vorausgehenden Verhandlungen ihrerseits alles getan, um die Beamten durch Nichterfüllung ihrer Wünsche zu reizen und zu unbesonnenen Schritten förmlich zu drängen. Man kann nicht anders annehmen, als daß sie bewußt und gewollt auf einen Generalstreik hindrängte, um auf diese Weise den Belagerungszustand herbeizuführen und sich von den ihr mißliebigen Elementen im Saargebiet befreien zu können.

Außerordentlich erwünscht kam ihr zu diesem Zweck das „Dossier Ollmert“, das ihr Gelegenheit gab, die durch das Saargebiet gehenden Zuckungen auf das Konto des sogenannten „Heimatsdienstes“, gegen den seit Wochen von der Franzosen- und Französlingspresse im besetzten Gebiet wie auch in Frankreich ein unausgesetzter hartnäckiger Kampf geführt wird, zu setzen. Da an den Stellen, für die diese Zeilen bestimmt sind, genaue Kenntnis über den wirklichen Sachverhalt herrscht, so ist es überflüssig, näheres darüber zu sagen. Nur diese meine Auffassung möchte ich festlegen, daß es unbedingt notwendig erscheint, so bald wie nur irgend möglich eine neue Organisation zur Betreuung des Saargebietes zu schaffen, da mit der bisherigen, soweit sie ihren Sitz im Saargebiet hat, nur mehr schwer zusammenzuarbeiten sein wird. Die bisherigen Vertrauensleute werden nach dem Terror des Belagerungszustandes mit seinen Ausweisungen und Kriegsgerichtsurteilen auch kaum mehr den Mut aufbringen, intensive Mitarbeit zu leisten.

Was den Streik und seinen Verlauf anbetrifft, so sind sämtliche Einzelheiten ja bereits nach Berlin gemeldet worden: Die Beamten entzogen sich zum allergrößten Teil dem Requisitionsbefehl der französischen Militärkommandanten durch Flucht über die Grenzen des Saargebietes. Allenthalben wurden sie gastlich aufgenommen und ihnen jede Unterstützung in ihrer schwierigen Lage zuteil. Wer von den Beamten gefaßt wurde und die Weigerung aussprach, dem Requisitionsbefehl Folge zu leisten, wurde verhaftet und dem Kriegsgericht zugeführt. Die Ausweisungen vollzogen sich in der rohsten und brutalsten Form. Ohne Lebens-

mittel, ohne Kleider, ohne Wäsche, vielfach ohne jegliche Subsistenzmittel, wurden die Betroffenen auf Lastautomobilen zusammengepfercht, über den Rhein befördert, unter Aufsicht von farbigen Truppen, die überhaupt die Besatzung des Saargebietes bildeten, da die Franzosen den eigenen Truppen zur Durchführung von Maßregeln gegen Streiks anscheinend nicht das nötige Zutrauen schenken. Die Ausweisungen verfolgten offenbar den Zweck, die markantesten Träger des Deutschtums zu treffen. Man kann nicht behaupten, daß überall dieser Zweck erreicht worden ist, da die Franzosen sich in der Hauptsache auf die Gutachten ihrer Vertrauensleute, in der Regel der übelberufensten Elemente, stützen. In Saarlouis z. B. besitzen sie als solche beispielsweise ihren ehemaligen „Zensor“ Karl Bier, ehemals Kriegervereinspräsident in Roden, obwohl er beim Militär — was niemand bekannt war — Soldat zweiter Klasse war; ferner den ehemaligen Schuhmacher und „Redakteur“ Lang, den Drechsler Grandhyll, den ehemaligen Schutzmann Gerlach, der allerdings jetzt, nachdem der franzosenfreundliche Bürgermeister von Saarlouis, Dr. Hector, sich gezwungen gesehen hatte, ihn aus den städtischen Diensten zu entlassen, in Saarbrücken, am Sitze der Regierungskommission sitzt, um seine Gutachten darüber abzugeben, wer von den Ausgewiesenen wieder zurückkehren darf. Der Demunziation der zweifelhaften Elemente sind angesehenere Bürger aus den niedrigsten Beweggründen zum Opfer gefallen, beispielsweise der Kaufmann Sturm in Saarlouis und der Kaffeehausbesitzer Schnitzler in Neunkirchen, beide Männer, die niemals in nationalem Sinne irgendwie herausfordernd hervorgetreten sind. Die Franzosen, oder im Saargebiet ihre Sachverwalter, die Regierungskommission, suchen sich stets den Anschein zu geben, als verfolgten sie bei ihren Ausweisungen lediglich den Zweck, die sogenannten alldeutschen, aus dem Osten stammenden „Heizer“ und „Agitatoren“ zu entfernen. Diesmal können sie sich jedenfalls nicht dieses Vorwandes bedienen, da die Ausgewiesenen zumeist alteingesessene Bürger sind, deren Wiege bereits im Saargebiet stand, sogar an die alten Saarlouiser Familien, die sich stets bei ihnen einer außergewöhnlichen Schonung erfreuten, obwohl sie trotz ihrer französischen Namen eine kerndeutsche Gesinnung aufweisen, wagten sie sich diesmal heran. So wurde der 66 Jahre alte Buchhändler S c h r e d e r, der urkundlich nachweisen kann, daß seine Familie seit Gründung der Stadt in dieser ansässig ist, über den Rhein befördert, nach seinem Sohne, einem Amtsrichter, wie auch nach dem Kaufmann L e v a c h e r = D é v e, einem Sohn des früheren Beigeordneten und Kreisdeputierten L e v a c h e r, wurde gesucht, beide waren aber abwesend. Die katholische Pfarrgeistlichkeit, die ihnen bisher ebenfalls im allgemeinen als heißes Eisen galt, stellte diesmal ebenfalls zahlreiche Opfer der Verfolgungspolitik, u. a. den Pfarrer Dr. P r i o r = Dillingen, Pfarrer B o h n = Pachten, einen älteren Geistlichen aus Neunkirchen. Religionslehrer Studienrat S e i n und Kaplan B r a u n in Saarlouis wurden gesucht, waren aber nicht auffindbar; wie bestimmt verlautet, fahndeten die Häsher auch nach dem 75 jährigen Dechanten und Ehrendomherrn Prälat S u b t i l aus Saarlouis, der sich aber auf Reisen befand. Ähnliche Jagden nach Bürgern, die nicht in der entferntesten Beziehung zum Streik standen, spielten sich in Saarbrücken, Neunkirchen, St. Wendel und vielen anderen Orten ab. Wie groß die Zahl der von der französischen Verfolgungswut betroffenen Opfer in Wirklichkeit ist, muß sich erst herausstellen, wenn wieder Ruhe im Saarlande eingelehrt ist.

Durch die Zeitungen ging die Meldung, der Kanadier *W a u g h* habe ebenso wie Herr v. *B o c h* sein Amt als Mitglied des Fünferates niedergelegt. In der Tat hat, wie mir aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, Herr *W a u g h* die feste Absicht bekundet gehabt, zurückzutreten, er ist aber leider von deutscher Seite verhindert worden, sie auszuführen. Man befürchtete nämlich, daß eine Regierungskommission mit dem bekannten *Kleeblatte Kault*, *Lambert*, *Moltke* unendliches Unheil stiften könnte, wenn niemand da sei, der eine dämpfende Wirkung ausübe. Dabei über sah man leider die wichtige, moralische Wirkung, die der Rücktritt eines Ententeangehörigen von dem Amt eines Mitglieds der Regierungskommission auf die gesamte Welt hätte ausüben müssen. Auch auf den Kumpf der Regierungskommission wäre ein solcher Schritt gewiß nicht ohne Eindruck geblieben.

Das ist gewiß, die Franzosen beabsichtigen nicht, das Saargebiet jemals wieder herauszugeben — sie betrachten es nämlich heute schon als ihnen gehörig. Andererseits bereiten aber ihnen die unablässigen Schwierigkeiten, der sie bei ihrer Verwelschungsarbeit begegnen, schwere Sorgen. Es gibt unter ihnen zahlreiche Vertreter einer weniger gewalttätigen und imperialistischen Regierungsmethode, die sich verschiedentlich den Gedanken durch den Kopf gehen ließen, das Saargebiet mit seiner so überaus lästigen Bevölkerung ganz fahren zu lassen, aber die Gewaltpolitiker trugen immer wieder den Sieg über die vernünftigeren Leute davon. Die Heizer sind ständig am Werk, um nur ja nicht die Vernunft zum Siege kommen zu lassen; sogar auf den Kanzeln werden die militaristisch-imperialistischen Ziele Frankreichs in zynischer Weise offen zugegeben: Der Divisionspfarrer *B e n a r d* in Saarlouis erklärte in seinen Predigten, daß Frankreich von jetzt an um so eifriger die Annexion des Saargebietes betreiben werde, je widerstrebender sich die Bevölkerung zeige.

Von der Bevölkerung kann man nach wie vor nur sagen, daß sie sich musterhaft verhält — im nationalen Sinne gemeint. Vor dem Streik durfte kein Frankophile sich öffentlich bemerkbar machen, sonst konnte er sicher sein, einen derben Denktzettel davonzutragen. Heute erheben die Französlinge wieder frech ihr Haupt, aber ihre Zahl ist so klein geworden, daß man ruhig von einer geschlossenen Abwehrfront der Saarbevölkerung gegen die Übergriffe der Regierungskommission und der französischen Soldateska sprechen kann. Der Beamtenstreik hat ebenfalls die Bürger- und Arbeiterschaft geschlossen hinter den Beamten gesehen. Die Erbitterung über die maßlosen Ausschreitungen, die sich das französische Militär im Auftrag der Regierungskommission hat zuschulden kommen lassen, Ausschreitungen gegen die Sicherheit und das Eigentum der Bevölkerung sowie die Ehre von Frauen und Mädchen, haben die an und für sich schon bestehende Erbitterung bis zur Siedehitze steigen lassen. Der Haß gegen alles, was französisch oder nur franzosenfreundlich heißt, hat Formen angenommen, die für die Zukunft gefährlich zu werden drohen. Die Arbeiterschaft hat die Sache der Beamten zu der ihrigen gemacht und sieht selbst die U. S. B., abgesehen natürlich von den in französischem Solde stehenden Führern, dabei an ihrer Seite. Die fortwährenden Zwischenfälle stärken nur das Zusammengehörigkeits- und deutsche Nationalgefühl und vermehren die Abneigung gegen die Franzosen. Nur muß für die nächste Zukunft damit gerechnet werden, daß durch die letzten Vorgänge die offene und freimütige Sprache, die das Saarvolk seit Übergang der Regierung an den Fünferat zu führen gewohnt war,

wieder zum Schweigen gezwungen wird. Das Saarvolk wird nach dieser kurzen, verhältnismäßig freien Periode die Fesseln, in die es tatsächlich doch geschlagen ist, um so drückender empfinden. Die Folge wird sein, daß die nationalbolschewistische Stimmung, die breite Schichten der Bürgerschaft bereits erfaßt hat und die alles Heil aus dem Osten erwartet, weiter beträchtlich anschwillt.

Um das im Saarvolke in unverminderter Stärke vorhandene Zusammengehörigkeitsgefühl in ebensolchem Grade weiter zu halten, dürfte es erforderlich sein, daß im rechtsrheinischen Deutschland Regierung, Volksvertretung und Presse in gleicher Weise unablässig bemüht sind, das Band, das Mutterland und Saarland miteinander verknüpft, immer enger zu schlingen. Der Saarbevölkerung muß das drückende Gefühl der Verlassenheit und vollständigen Isolierung, von dem sie noch immer beseelt ist, genommen werden. Um das zu erreichen, müssen vor allen Dingen die wirtschaftlichen Beziehungen zum Saargebiet mit aller Sorgfalt gepflegt werden. An die Stelle der bürokratischen Fesseln, die ihnen so sehr häufig angelegt werden, haben weitherzige Bestimmungen zu treten, die selbstverständlich auch in diesem Geiste zu handhaben sind. In öffentlichen Kundgebungen der Regierungsvertreter und der Parlamente sollte, was ich schon häufig betont habe, des Saarlandes weit mehr als bisher gedacht und dieses ständig der Sympathien der Brüder rechts des Rheines versichert werden. Wenn eine solche Politik von materiellen Beihilfen, wie bisher, gestützt wird, so wird ihr Erfolg nur um so größer sein.



Die deutsche Arbeiterbewegung in der Gegenwart

Von Paul Rüffer

II*)



ie moderne Arbeiterbewegung ist die organisierte Empörung gegen die Leiden, die die kapitalistische Produktionsweise den Arbeitern auferlegt. Lange Arbeitszeit, niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen sind es, die den Arbeitern das Leben schwer machen, und gegen die sich zuerst der Kampf richtet. Daher ist der Kampf der Arbeiter ursprünglich ein gewerkschaftlicher Kampf“, so charakterisiert nicht mit Unrecht Hermann Liebmann die Beweggründe und das Ziel der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung der Gegenwart.

Die moderne Arbeiterbewegung — soweit sie der freigewerkschaftlichen oder sozialdemokratischen Richtung angehört — hat aber auch einen scharf ausgeprägten politischen Charakter. Karl Marx hat bereits im Jahre 1866 dieses Doppelgesicht der Gewerkschaftsbewegung in folgender Weise geschildert: „Das

*) Vgl. den Artikel in Heft 31/32 der Grenzboten.